

INHALTSÜBERSICHT

Ordnung für die Masterprüfungen im Master-Studiengang Elektrotechnik an der Fachhochschule Bingen	241
--	-----

Ordnung
für die Masterprüfungen
im Master-Studiengang Elektrotechnik
an der Fachhochschule Bingen

vom 1. Februar 2012

Aufgrund des § 7 Abs. 2 Nr. 2 und des § 86 Abs. 2 Nr. 3 des Hochschulgesetzes (HochSchG) vom 21. Juli 2003 (GVBl. S. 167) in der Fassung vom 19. November 2010 (GVBl. S. 463), geändert durch § 50 des Gesetzes vom 9. März 2011 (GVBl. S. 47), BS 223-41, hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs 2 – Technik, Informatik und Wirtschaft der Fachhochschule Bingen am 23. November 2011 die folgende Prüfungsordnung für den Masterstudien- gang Elektrotechnik an der Fachhochschule Bingen beschlossen. Diese Ordnung hat der Präsident der Fachhochschule Bingen mit Schreiben vom 30. Januar 2012, Az. Bkr/Kt, genehmigt.

Sie wird hiermit bekannt gemacht.

I N H A L T

I. Allgemeines

- § 1 Zweck und Durchführung der Masterprüfung
- § 2 Abschlussgrad
- § 3 Zugangsvoraussetzungen
- § 4 Regelstudienzeit und Studienaufbau
- § 5 Anrechnung von Studien- und Prüfungsleis- tungen
- § 6 Bildung der Modulnoten und Bewertung der Prüfungsleistungen

II. Gremien und Zuständigkeiten

- § 7 Prüfungsausschuss
- § 8 Prüfende und Beisitzende
- § 9 Betreuung der Abschlussarbeit

III. Arten der Prüfungs- und Studienleistungen

- § 10 Mündliche Prüfungen
- § 11 Klausuren
- § 12 Klausuren mit Aufgaben mit Mehrfachaus- wahl (multiple choice)
- § 13 Weitere Prüfungsformen und Studienleis- tungen
- § 14 Abschlussarbeit
- § 15 Chancengleichheit

IV. Zulassungsvoraussetzungen und -verfahren, Fristen

- § 16 Zulassungsvoraussetzungen und Zulassungs- verfahren
- § 17 Fristen

V. Bestehen, Nichtbestehen, Wiederholung

- § 18 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ord- nungsverstoß
- § 19 Bestehen, Nichtbestehen und Bescheinigung von Prüfungsleistungen
- § 20 Wiederholung von Prüfungen

VI. Zeugnis und Urkunde, Ungültigkeit der Mas- terprüfung

- § 21 Zeugnis
- § 22 Urkunde
- § 23 Ungültigkeit der Masterprüfung

VII. Schlussbestimmungen

- § 24 Inkrafttreten
- § 25 Außerkrafttreten der bisherigen Prüfungs- ordnung
- § 26 Übergangsvorschriften

I. Allgemeines

§ 1

Zweck und Durchführung der Masterprü- fung

(1) Die Masterprüfung bildet den berufsqualifizie- renden Abschluss des konsekutiven Masterstudi- engangs Elektrotechnik. Durch die Prüfung soll festgestellt werden, ob die Studierenden die Zu- sammenhänge ihres Faches überblicken, die Fähig- keit besitzen, wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse anzuwenden, wissenschaftlich zu arbeiten und die für den Eintritt in die Berufspraxis notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erwor- ben haben.

(2) Die Prüfung wird studienbegleitend nach Ab- schluss der jeweiligen Lehrveranstaltungen durch- geführt.

(3) Die Masterprüfung besteht aus

1. den studienbegleitenden Prüfungen in den Fachgebieten der Module (Modulprüfungen), die im Anhang aufgeführt sind,
2. den Studienleistungen, die im Anhang auf- geführt sind,

3. der Masterarbeit aus einem Fachgebiet des Studiengangs.

§ 2 Abschlussgrad

Aufgrund der bestandenen Masterprüfung wird der akademische Grad „Master of Engineering“ (abgekürzt: „M.Eng.“) verliehen.

§ 3 Zugangsvoraussetzungen

(1) Die allgemeinen Zugangsvoraussetzungen nach § 65 HochSchG müssen erfüllt sein. Kriterien zum Versagen einer Einschreibung ergeben sich aus § 68 HochSchG.

(2) Zusätzlich zu Absatz (1) müssen die Studierenden in der Regel den Nachweis eines mit gutem Ergebnis (Note 2,5 oder ECTS-Grad B nach § 6 Absatz (9) oder besser) bestandenen Bachelor- oder Diplom-Abschlusses auf dem Gebiet der Elektrotechnik oder eines artverwandten Studiengangs mit starkem Elektrotechnikbezug und einem hinreichenden Anteil Elektrotechnikausbildung an einer deutschen Hochschule oder eines gleichwertigen ausländischen Abschlusses erbringen.

(3) Liegt die Voraussetzung nach Absatz (2) hinsichtlich Note und ECTS-Grad nicht vor, so können im Einzelfall weitere für die Erlangung des Master-Abschlusses förderliche Aspekte (z.B. praktische fachbezogene Tätigkeit, Abschluss des Studiums in Regelstudienzeit, Fachschaftsarbeit, Auslandssemester) für die Zulassung berücksichtigt werden.

(4) Bei Studierenden, die ihren ersten Abschluss in einem nach Absatz (2) geeigneten Studiengang einer anderen Hochschule abgelegt haben, stellt der Prüfungsausschuss fest, ob die notwendigen Grundlagen vorhanden sind. Insbesondere hat der Prüfungsausschuss die Möglichkeit, die Zulassung unter der Auflage vorzusehen, dass innerhalb längstens eines Jahres bestimmte benotete Leistungsnachweise oder Prüfungsleistungen aus dem Bachelorstudiengang Elektrotechnik erbracht werden.

(5) Liegen bei der Zulassung zum Masterstudium keine 210 Leistungspunkte aus einem vorausgehenden Bachelorstudium vor und können keine Leistungen als äquivalent anerkannt werden, so müssen die fehlenden Leistungspunkte nachgeholt werden. Die nachzuholenden Module werden vom Prüfungsausschuss festgelegt.

(6) Zum Masterstudium kann vor dem Abschluss des Bachelorstudiengangs vorläufig zugelassen werden, wenn der Abgabetermin der Bachelorarbeit höchstens einen Monat nach Vorlesungsbeginn des ersten Master-Semesters liegt und alle anderen Module erfolgreich abgeschlossen sind. Über die Zulassung entscheidet der Prüfungsausschuss. Die Einschreibung erlischt, wenn die Zugangsvoraussetzungen nicht bis zum Ende des ersten Semesters nachgewiesen werden.

§ 4 Regelstudienzeit und Studienaufbau

(1) Die Studienzeit, in der das Studium in der Regel abgeschlossen werden kann (Regelstudienzeit), beträgt 3 Semester. Innerhalb der Regelstudienzeit kann die Abschlussprüfung abgelegt werden. Insgesamt ist dem Studium eine mittlere Arbeitsbelastung entsprechend 90 Leistungspunkten (LP) nach dem European Credit Transfer System (ECTS) zugeordnet.

§ 5 Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Studien- und Prüfungsleistungen, die in dem gleichen oder einem fachlich verwandten akkreditierten Masterstudiengang an einer Hochschule in Deutschland erworben wurden, werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung anerkannt.

(2) Studien- und Prüfungsleistungen aus anderen Studiengängen werden angerechnet, sofern keine wesentlichen Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen bestehen. Bei dieser Anrechnung ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Bei der Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen, die außerhalb Deutschlands erbracht wurden, sind die von der Kultusministerkonferenz (KMK) und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulkooperationsvereinbarungen zu beachten.

(3) Für Studien- und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien, für multimedial gestützte Studien- und Prüfungsleistungen sowie für Studien- und Prüfungsleistungen von Frühstudierenden gelten die Absätze (1) und (2) entsprechend; Absatz (2) gilt außerdem für Studien- und Prüfungsleistungen an anderen Bildungseinrichtungen, insbesondere an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien sowie an Fach- und

(4) Außerhalb des Hochschulbereichs erworbene gleichwertige Kenntnisse und Qualifikationen werden in der Regel bis zur Hälfte des Hochschulstudiums anerkannt, sofern die Äquivalenz zu den Lernkompetenzen einzelner Module individuell durch Prüfung der eingereichten Unterlagen nachgewiesen wird. Über die Anrechnung entscheidet der Prüfungsausschuss.

(5) Die Noten der anerkannten Studien- und Prüfungsleistungen werden, soweit die Notensysteme vergleichbar sind, übernommen und in die Berechnung der Gesamtnote einbezogen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Im Zeugnis wird eine Kennzeichnung der Anerkennung vorgenommen.

(6) Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Absätze (1) bis (3) besteht ein Rechtsanspruch auf Anerkennung. Die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, die in einem gleichen oder fachlich verwandten Studiengang in der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, erfolgt von Amts wegen. Die Studierenden haben die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.

(7) Eine Anerkennung nach einer Anmeldung zu einer Studien- oder Prüfungsleistung ist für diese Leistung ausgeschlossen.

(1) Jedes Modul wird in der Regel mit einer studienbegleitenden Prüfung abgeschlossen, auf deren Grundlage die Leistungspunkte vergeben werden. In begründeten Ausnahmefällen können Modulprüfungen aus mehreren Prüfungsleistungen bestehen. Ein Leistungspunkt entspricht einer Arbeitsbelastung von 30 Stunden.

(2) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfenden festgesetzt. Für die Bewertung einzelner Prüfungsleistungen sind die Noten 1,0; 1,3; 1,7; 2,0; 2,3; 2,7; 3,0; 3,3; 3,7; 4,0 und 5,0 zu verwenden.

(3) Aus dem Anhang geht hervor, welche Prüfungsleistungen zu einer Modulprüfung zusammengefasst werden. Werden mehrere Prüfungsleistungen in einer Prüfung zusammengefasst, errechnet sich die Note aus dem gewichteten Durchschnitt der Noten der einzelnen Prüfungsleistungen. Die hierbei anzuwendenden Gewichtungsfaktoren ergeben sich aus dem Anhang. Modulnoten werden auf die nach Absatz (2) erlaubten Noten gerundet. Liegt das arithmetische Mittel genau zwischen zwei nach Absatz (2) erlaubten benachbarten Noten, so wird auf die bessere Note entschieden. Für die Modulnoten ist folgendes Bewertungsschema zu verwenden.

Noten	Verbale Note	Notenpunkte	Leistungsbeschreibung
1,0	exzellent	A+	eine überragende Leistung
1,3	sehr gut	A	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
1,7	gut	B+	eine Leistung, die über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
2,0; 2,3		B	
2,7	befriedigend	C+	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht
3,0; 3,3		C	
3,7	ausreichend	D+	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt
4,0		D	
5,0	nicht bestanden	F	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt

(4) Anerkannte Noten werden analog zu Absatz 3 auf die Noten aus Absatz 2 gerundet.

(5) Bei der Bewertung durch mehrere Prüfende und nicht übereinstimmender Bewertung der Prüfungsleistung kann der Prüfungsausschuss hierzu die Beurteilung durch eine zusätzliche Prüfende oder einen zusätzlichen Prüfenden einbeziehen.

Für die Beurteilung durch die zusätzliche Prüfende oder den zusätzlichen Prüfenden sind die gleichen Bewertungsmaßstäbe anzulegen wie bei den ersten Bewertungen. Der Prüfungsausschuss entscheidet im Rahmen der abgegebenen Noten.

(6) Ist eine Modulprüfung mit mindestens „ausreichend“ bewertet, werden die Leistungspunkte entsprechend dem Anhang zugeordnet.

(7) Aus dem gewichteten Durchschnitt der Noten der Modulprüfungen einschließlich der Masterarbeit wird die Gesamtnote durch Runden auf eine Nachkommastelle gebildet. Liegt das gewichtete Mittel genau zwischen zwei benachbarten erlaubten Gesamtnoten, wird auf die bessere entschieden. Die Gewichtungsfaktoren ergeben sich aus der Tabelle im Anhang. Die Verbalnote und die Notenpunkte ergeben sich aus der Tabelle in Absatz (3). Bei einer überragenden Leistung (Notenpunkte A+) wird das Gesamturteil „Mit Auszeichnung

bestanden“ erteilt.

(8) Leistungspunkte und Noten sind in dem Zeugnis getrennt auszuweisen.

(9) Für die Umrechnung der Gesamtnoten in die ECTS-Bewertungsskala gelten die folgenden Regeln:

ECTS-Grade	Einteilung
A	die besten 10 %
B	die nächsten 25 %
C	die nächsten 30 %
D	die nächsten 25 %
E	die nächsten 10 %

Die Einteilung bezieht sich auf die in einem gesamten Studienjahr (1.3. – 28./29.2. Folgejahr) gültige Festlegung auf der Grundlage der Gesamtnoten mit einer Bewertung von mindestens 4,0 der zu Beginn des Studienjahres abgeschlossenen drei Prüfungsjahre aller Masterstudiengänge der Fachhochschule Bingen. Ein Prüfungsjahr beginnt am 1.9. und endet am 31.8. des folgenden Jahres.

(10) Studien- und Prüfungsleistungen können nur erbracht und bescheinigt werden, wenn die oder der Studierende an der Fachhochschule Bingen in dem jeweiligen Studiengang eingeschrieben ist. § 67 Abs. 4 HochSchG (Frühstudierende) bleibt unberührt.

(3) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses werden vom Fachbereichsrat gewählt. Die Amtszeit für das studentische Mitglied beträgt ein Jahr, die der übrigen Mitglieder drei Jahre. Vorzeitig ausgeschiedene Mitglieder werden durch Nachwahl für den Rest der Amtszeit ersetzt. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses wählen das vorsitzende Mitglied und das stellvertretend vorsitzende Mitglied aus der Gruppe der Professorinnen und Professoren des Ausschusses.

(4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch das vorsitzende Mitglied oder durch die Stellvertretung zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

II. Gremien und Zuständigkeiten

§ 7 Prüfungsausschuss

(1) Dem Prüfungsausschuss gehören drei Professorinnen oder Professoren, ein studentisches Mitglied und ein Mitglied aus den Gruppen gemäß § 37 Abs. 2 Nr. 3 und 4 HochSchG an.

(2) Der Prüfungsausschuss ist für die Organisation der Prüfungen und für Entscheidungen in Prüfungsangelegenheiten zuständig. Er achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Ordnung eingehalten werden. Das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses berichtet regelmäßig dem Fachbereich über die Entwicklung der Prüfungs- und Studienzeiten einschließlich der tatsächlichen Bearbeitungszeiten für die Masterarbeit sowie über die Verteilung der Modul- und Gesamtnoten. Der Prüfungsausschuss gibt Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung.

(5) Das vorsitzende Mitglied führt die Geschäfte des Prüfungsausschusses. Der Prüfungsausschuss kann einzelne Aufgaben dem vorsitzenden Mitglied übertragen. Ablehnende Entscheidungen kann nur der Prüfungsausschuss treffen, soweit eine entsprechende Entscheidungspraxis in vergleichbaren Angelegenheiten noch nicht besteht.

(6) Mitglieder haben nach § 25 Abs. 5 HochSchG bei Entscheidungen des Prüfungsausschusses über die Bewertung und Anrechnung von Prüfungs- und Studienleistungen nur Stimmrecht, wenn sie selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen.

(7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei den Prüfungen zugegen zu sein und bei schriftlichen Prüfungen Einsicht in die Prüfungsarbeiten zu nehmen; ausgenommen ist das studentische Mitglied, wenn es sich zu derselben Prüfung angemeldet hat.

(8) Der Prüfungsausschuss entscheidet unter anderem über:

1. die Zulassung zur Prüfung (§ 16),
2. die Folgen von Verstößen gegen Prüfungsvorschriften (§ 18),
3. das Bestehen und Nichtbestehen (§ 19),
4. die Anrechnung von Prüfungs- und Studienleistungen (§ 5),
5. die Bestellung der Prüfenden und Beisitzenden (§ 8),
6. die Ausgabe des Themas (§ 14) und die Betreuung der Masterarbeit (§ 9),
7. die Prüfungsnote bei abweichenden Bewertungen mehrerer Prüfender (§ 6),
8. die Anerkennung von Modulen für den Wahlpflichtbereich.

(9) Der Prüfungsausschuss kann in begründeten Fällen die in den Tabellen des Anhangs festgesetzte Form der Prüfung (schriftlich oder mündlich) ändern. Dies ist den Studierenden zu Beginn der Vorlesungszeiten, spätestens jedoch vier Wochen vor dem Ende der Anmeldefrist, in geeigneter Weise bekannt zu geben.

§ 8

Prüfende und Beisitzende

(1) Zu Prüfenden werden nur Professorinnen oder Professoren und andere nach Landesrecht prüfungsberechtigte Personen bestellt, die, sofern nicht zwingende Gründe eine Abweichung erfordern, in dem Fachgebiet, auf das sich die Prüfungsleistung bezieht, eine eigenverantwortliche, selbstständige Lehrtätigkeit an einer Hochschule ausüben oder ausgeübt haben. Der Prüfungsausschuss kann bei Vorliegen zwingender Gründe unter Berücksichtigung des § 25 Abs. 5 HochSchG über Ausnahmen entscheiden.

(2) Zum beisitzenden Mitglied kann nur bestellt werden, wer die Voraussetzungen des § 25 Abs. 5 HochSchG erfüllt.

(3) Der Prüfungsausschuss sorgt dafür, dass den Studierenden die Prüfungstermine und die Meldefristen zu den Prüfungen rechtzeitig bekannt gegeben werden. In der Regel sollen dabei auch die Namen der Prüfenden genannt werden.

(4) Für Prüfende und Beisitzende gilt § 7 Absatz 4 entsprechend.

§ 9

Betreuung der Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit wird von einer Professorin oder einem Professor oder einer anderen nach Landesrecht prüfungsberechtigten Person betreut, soweit diese an der Fachhochschule Bingen in einem für den jeweiligen Studiengang relevanten Bereich tätig ist.

(2) Die Masterarbeit kann auch durch eine Person, die über einen Hochschulabschluss verfügt und nicht Mitglied der Fachhochschule Bingen ist, betreut werden. In diesem Fall bedarf es der Zustimmung des Prüfungsausschusses.

(3) Die Studierenden schlagen für die Masterarbeit die Betreuende oder den Betreuenden in Abstimmung mit der betreffenden Person vor. Dieser Vorschlag begründet keinen Rechtsanspruch.

III. Arten der Prüfungs- und Studienleistungen

§ 10

Mündliche Prüfungen

(1) In mündlichen Prüfungen sollen die Studierenden nachweisen, dass sie die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennen und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermögen. Durch mündliche Prüfungen soll ferner festgestellt werden, ob die Studierenden über ein breites Grundlagenwissen verfügen.

(2) Mündliche Prüfungen werden von mehreren Prüfenden oder von einer oder einem Prüfenden in Gegenwart eines sachkundigen beisitzenden Mitglieds abgenommen. Der Prüfungsausschuss kann in begründeten Fällen Ausnahmen hiervon zulassen.

(3) Mündliche Prüfungen sind Einzelprüfungen oder Gruppenprüfungen. An Gruppenprüfungen sollen in der Regel nicht mehr als 4 Studierende teilnehmen.

(4) Mündliche Prüfungen dauern 15 bis 30 Minuten je Studierender oder Studierendem.

(5) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll (ggf. für die einzelnen Studierenden) festzuhalten. Im Falle des Absatzes (2) 2. Halbsatz hören die Prüfenden oder die oder der Prüfende vor der

Festsetzung der Note das beisitzende Mitglied. Die Anfertigung des Protokolls in elektronischer Form ist ausgeschlossen. Das Ergebnis ist den Studierenden im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben.

(6) Studierende, die sich zu einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sollen nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörer zugelassen werden, es sei denn, die zu Prüfenden haben bei der Meldung zur Prüfung widersprochen.

(7) Auf Antrag Studierender ist die Gleichstellungsbeauftragte bei mündlichen Prüfungen teilnahmeberechtigt.

§ 11 Klausuren

(1) In Klausuren sollen die Studierenden nachweisen, dass sie in begrenzter Zeit Probleme erkennen und mit fachspezifischen Methoden Lösungen entwickeln können.

(2) Klausuren sollen mindestens 45 und höchstens 180 Minuten dauern. Klausurarbeiten und sonstige schriftliche Arbeiten werden von einem Prüfenden bewertet.

(3) Schriftliche Prüfungen sind innerhalb von vier Wochen zu bewerten, falls nicht zwingende Gründe eine andere Frist erfordern.

§ 12 Klausuren mit Aufgaben mit Mehrfachauswahl (multiple choice)

(1) Schriftliche Prüfungen nach dem Multiple-Choice-Verfahren sind ausgeschlossen. Aufgaben mit Ja/Nein-Antworten sind keine Aufgaben im Sinne des Satzes 1.

§ 13 Weitere Prüfungsformen und Studienleistungen

(1) Weitere Prüfungsformen, wie zum Beispiel Hausarbeiten, Projektarbeiten, Poster und Referate, können insbesondere dazu dienen, die Fähigkeit zur Teamarbeit und zur Entwicklung, Durchsetzung und Präsentation von Konzepten nachzuweisen. Hierbei sollen die Studierenden zeigen, dass sie an einer größeren Aufgabe Ziele definieren sowie interdisziplinäre Lösungsansätze und Konzepte

erarbeiten können.

(2) Hausarbeiten, Projektarbeiten, Poster und Referate sind Einzelarbeiten oder Gruppenarbeiten, die von einem Prüfenden bewertet werden. Bei Gruppenarbeiten muss der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der einzelnen Studierenden deutlich unterscheidbar und bewertbar sein. Die Studierenden müssen schriftlich versichern, dass sie die Arbeit, bei Gruppenarbeiten ihren Anteil, selbstständig und nur mit den angegebenen Quellen und Hilfsmitteln angefertigt haben.

(3) Die Form der Prüfung und die Bearbeitungszeit werden in der Modulbeschreibung oder zu Beginn der Lehrveranstaltung bekannt gegeben. Hausarbeiten, Referate, Poster und Projektarbeiten sind in der Regel innerhalb von vier Wochen zu bewerten.

(4) Studienleistungen können beispielsweise in Form von Referaten, Hausarbeiten, Postern, Protokollen, Testaten oder Klausurarbeiten erbracht werden. Teilnahmebescheinigungen sind keine Studienleistungen. Eine Studienleistung ist eine von Prüfenden bewertete, nicht notwendigerweise benotete, individuelle Leistung. Nicht zu benotete Studienleistungen werden mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet. Der Anhang enthält, welche Studienleistungen vor der letzten Prüfungsleistung einer Modulprüfung erbracht werden müssen. Die Bewertungen von Studienleistungen haben keinen Einfluss auf die jeweilige Modulnote. Nicht bestandene Studienleistungen sind neu zu erbringen.

(5) Die Form und der Zeitpunkt einer Studienleistung werden spätestens zu Beginn der Lehrveranstaltung vom Lehrenden bekannt gegeben.

§ 14 Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit ist eine Prüfungsleistung. Sie soll zeigen, dass die Studierenden in der Lage sind, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Fachproblem selbstständig mit wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. Die Masterarbeit kann in Englisch verfasst werden. Über die Zulassung weiterer Fremdsprachen entscheidet der Prüfungsausschuss. In beiden Fällen muss die betreuende Person ihr Einverständnis erklären.

(2) Die Studierenden haben dafür Sorge zu tragen, dass sie sich nach Absolvieren der studienbegleitenden Modulprüfungen innerhalb einer Frist von

höchstens zwei Monaten zur Masterarbeit anmelden. Sollte die oder der Studierende kein Thema und keine betreuende Person vorschlagen, sorgt der Prüfungsausschuss auf Antrag der oder des Studierenden dafür, dass sie oder er ein Thema und eine betreuende Person für ihre Masterarbeit erhält. Erfolgt keine rechtzeitige Anmeldung, gilt die Masterarbeit als erstmals nicht bestanden. Die Ausgabe der Themen der Masterarbeit erfolgt über den Prüfungsausschuss. Der Zeitpunkt ist aktenkundig zu machen.

(3) Der Arbeitsaufwand für die Masterarbeit einschließlich Kolloquium entspricht 30 Leistungspunkten. Der Bearbeitungszeitraum beginnt mit der Ausgabe und beträgt 6 Monate. Das Thema, die Aufgabenstellung und der Umfang der Masterarbeit müssen so gestellt sein, dass der Bearbeitungszeitraum und der Arbeitsaufwand eingehalten werden können.

(4) Das Thema der Masterarbeit kann nur einmal und nur innerhalb des ersten Monats der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. Den Studierenden ist Gelegenheit zu geben, für das Thema der Masterarbeit Vorschläge zu machen.

(5) Masterarbeiten können auch als Gruppenarbeiten zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der einzelnen Studierenden deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Absatz (1) erfüllt.

(6) Die Masterarbeit ist fristgemäß beim Prüfungsausschuss abzuliefern. Bei der Abgabe haben die Studierenden schriftlich zu versichern, dass sie ihre Arbeit - bei einer Gruppenarbeit ihren entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit - selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt haben. Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Ist die Masterarbeit nicht fristgerecht abgeliefert, gilt sie als nicht bestanden. Als Prüfungsdatum der Masterarbeit gilt das Abgabedatum.

(7) Die Masterarbeit ist von der Betreuerin oder dem Betreuer und einer weiteren Person zu bewerten, die nach § 8 Absatz (1) als Prüfende zugelassen ist. Der Prüfungsausschuss regelt das Verfahren der Bewertung bei nicht übereinstimmender Beurteilung sinngemäß wie in § 6 Absatz (5). Das Bewertungsverfahren soll sechs Wochen nicht überschreiten.

(8) Die Masterarbeit wird durch ein Kolloquium abgeschlossen. Das Kolloquium dient dazu, die Masterarbeit vorzustellen und zu verteidigen. Es

hat in der Regel bis 4 Wochen nach Abgabe stattzufinden. Die Dauer des Kolloquiums legt der Prüfungsausschuss in Anlehnung an § 10 Absatz (4) fest.

(9) Die Masterarbeit wird in der Bibliothek aufbewahrt. Sie kann ausgeliehen und für hochschulrelevante Aufgaben verwendet werden. Für eine Masterarbeit mit Sperrvermerk gilt diese Regelung erst nach dem Ende der Sperrfrist.

§ 15 Chancengleichheit

Machen Studierende durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass sie wegen einer Behinderung oder chronischen Krankheit die Prüfungen ganz oder teilweise nicht in der vorgesehenen Form ablegen können, hat das Vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses zur Wahrung ihrer Chancengleichheit zu gestatten, die Prüfungs- oder Studienleistung innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungs- oder Studienleistungen in anderer Form zu erbringen. Dazu kann die Vorlage eines amtsärztlichen Attests verlangt werden.

IV. Zulassungsvoraussetzungen und -verfahren, Fristen

§ 16 Zulassungsvoraussetzungen und Zulassungsverfahren

(1) Die Zulassung zur Teilnahme an Wahlpflichtmodulen kann in Ausnahmefällen, z.B. wegen ausstattungsbezogener Begrenzung, beschränkt werden. Der Prüfungsausschuss beschließt in diesen Fällen über die Zulassungsbeschränkung und legt das Zulassungsverfahren fest. Es ist sicherzustellen, dass für die Studierenden im Regelsemester Wahlpflichtfächer mit in der Summe ausreichender Platzzahl zur Verfügung stehen.

(2) Der Prüfungsausschuss legt die Prüfungstermine fest und bestimmt, bis zu welcher Frist die Meldung und ggf. der Antrag auf Zulassung mit den erforderlichen Unterlagen spätestens vorliegen muss. Der Meldung oder dem Antrag beim Prüfungsausschuss haben die Studierenden beizufügen:

1. die Nachweise der Studienleistungen gemäß Anhang und der fachlichen Zulassungsvoraussetzungen für die jeweilige Prüfung gemäß Anhang und

2. eine Erklärung, ob sie die Masterprüfung im Masterstudiengang Elektrotechnik oder eines vergleichbaren Studiengangs endgültig nicht bestanden haben, und ob sie sich in diesem oder einem vergleichbaren Studiengang an einer anderen Hochschule in einem Prüfungsverfahren befinden, und
3. eine Erklärung, dass sie an der Fachhochschule Bingen in dem Studiengang eingeschrieben sind, für den diese Prüfung laut Anhang vorgesehen ist, und
4. eine Erklärung darüber, ob und gegebenenfalls wie oft sie prüfungsrelevante Leistungen in dem betreffenden Prüfungsgebiet in demselben Studiengang oder in anderen Studiengängen an einer Hochschule in Deutschland nicht bestanden haben.

(3) Der Prüfungsausschuss kann gestatten, die Nachweise der fachlichen Zulassungsvoraussetzungen auf andere Weise zu führen.

(4) Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet der Prüfungsausschuss. Die Zulassung ist zu versagen, wenn die Studierenden, die für den Abschluss des Studiengangs Elektrotechnik oder eines vergleichbaren Studiengangs erforderlichen Prüfungen an einer Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland endgültig nicht bestanden haben, oder wenn sie sich an einer anderen Hochschule in einem entsprechenden Studiengang in einem Prüfungsverfahren befinden. Die Zulassung zur Prüfung ist ebenfalls zu versagen, wenn die Studierenden wegen § 19 Absatz (5) keine Möglichkeit mehr zum Erbringen von Prüfungsleistungen haben.

(5) Zur Masterarbeit kann nur zugelassen werden, wer alle anderen Module (Studienleistungen und Prüfungsleistungen) des Studiengangs bis auf Module (Prüfungsleistungen) im Umfang von 6 LP aus dem vorletzten und drittletzten Regelstudiensemester abgeschlossen hat.

§ 17 Fristen

Hängt die Einhaltung einer für die Meldung oder Ablegung einer Prüfung oder ihrer Wiederholung vorgeschriebenen Frist von Studienzeiten ab, werden Verlängerungen und Unterbrechungen nicht berücksichtigt, soweit sie

1. durch die Mitwirkung in gesetzlich oder satzungsmäßig vorgesehenen Gremien einer Hochschule, einer Studierenden-

schaft oder eines Studierendenwerks entstanden sind,

2. durch Krankheit, eine Behinderung oder andere von den Studierenden nicht zu vertretende Gründe oder
3. durch Schwangerschaft oder Erziehung eines Kindes bedingt waren; in diesen Fällen sind mindestens die Inanspruchnahme der gesetzlichen Mutterschutzfristen und der Fristen der Elternzeit nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz zu ermöglichen.
4. durch die Betreuung einer oder eines pflegebedürftigen Angehörigen,
5. durch ein ordnungsgemäßes einschlägiges Auslandsstudium bis zu zwei Semestern verursacht sind; dies gilt nicht für Auslandsstudienzeiten, die nach der Prüfungsordnung abzuleisten sind.
6. durch betriebliche Belange im Rahmen eines berufsbegleitenden, berufsintegrierenden oder ausbildungsintegrierenden Studiums begründet sind.

V. Bestehen, Nichtbestehen, Wiederholung

§ 18

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht bestanden“ bewertet, wenn Studierende zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheinen oder wenn sie nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktreten. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(2) Die für das Versäumnis eines Prüfungstermins oder für den Rücktritt nach Beginn einer Prüfung geltend gemachten Gründe müssen dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit soll das Attest unverzüglich, d. h. ohne schuldhaftes Zögern, spätestens bis zum dritten Tag nach dem Prüfungstermin bei dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses vorliegen. Das Attest muss die Prüfungsunfähigkeit erkennen lassen. Die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes kann verlangt werden. Der Krankheit von Studierenden steht die Krankheit eines von ihnen allein zu versorgenden Kindes gleich. Werden die Gründe anerkannt, wird ein neuer Termin anberaumt. Besteht eine Modulprüfung aus mehreren

Studien- oder Prüfungsleistungen, sind die abgeschlossenen Studien- und Prüfungsleistungen anzurechnen.

(3) Versuchen Studierende, das Ergebnis der Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung für diese Studierenden als mit „nicht bestanden“ bewertet. Studierende, die den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stören, können von den jeweils Prüfenden oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden. In diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht bestanden“ bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die Studierende oder den Studierenden von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen oder beschließen, dass die Prüfung endgültig nicht bestanden ist.

(4) Der oder die Studierende kann innerhalb einer Frist von einer Woche verlangen, dass die Entscheidungen nach Absatz (3) Satz 1 und 2 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. Belastende Entscheidungen sind der oder dem Studierenden unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 19

Bestehen, Nichtbestehen und Bescheinigung von Prüfungsleistungen

(1) Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn alle Prüfungsleistungen des Moduls mit mindestens „ausreichend“ bewertet wurden.

(2) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn alle Leistungen nach § 1 Absatz (3) erbracht sind und bei Benotung mit mindestens „ausreichend“ bewertet wurden. Die Masterprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn die Wiederholungsmöglichkeiten der Prüfungsleistungen nach § 20 Absätze (1) und (3) erfolglos ausgeschöpft wurden.

(3) Die Ergebnisse der schriftlichen Prüfungen werden durch Aushang oder über das Online-Angebot der FH Bingen bekannt gegeben. Innerhalb einer Frist von 4 Wochen nach Bekanntgabe der Ergebnisse können die Studierenden Einsicht in ihre eigenen Klausuren nehmen. Einwände gegen die Bewertung sind innerhalb dieser Frist schriftlich oder zur Niederschrift dem Prüfungsausschuss vorzubringen.

(4) Hat der oder die Studierende eine Fachprüfung

nach zweimaliger Wiederholung nicht bestanden, so ist die Masterprüfung endgültig nicht bestanden. Hierüber wird der oder die Studierende schriftlich informiert. Ist die Masterarbeit schlechter als „ausreichend“ (4,0) bewertet, wird der oder die Studierende schriftlich darüber informiert. Er oder sie erhält auch Auskunft darüber, ob und in welcher Frist die Masterarbeit wiederholt werden kann.

(5) Hat die oder der Studierende die Masterprüfung endgültig nicht bestanden, wird ihr oder ihm auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung eine Bescheinigung ausgestellt, die die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten sowie die noch fehlenden Prüfungsleistungen enthält und erkennen lässt, dass die Masterprüfung nicht bestanden ist. Eine Bescheinigung in elektronischer Form ist ausgeschlossen.

§ 20

Wiederholung und Ergänzung von Prüfungen

(1) Prüfungsleistungen (Anhang), die nicht mindestens mit „ausreichend“ (4,0) bewertet worden sind, sind als Fehlversuche zu werten und können zweimal wiederholt werden. Die Wiederholung einer bestanden Prüfung ist nicht zulässig.

(2) Als Fehlversuche sind ferner nicht bestandene prüfungsrelevante Leistungen eines anderen Studiengangs einer Hochschule in Deutschland anzurechnen, die denen in dem eingeschriebenen Studiengang im Wesentlichen entsprechen, soweit für deren Bestehen gleichwertige oder geringere Anforderungen gestellt wurden.

(3) Die Masterarbeit kann bei einer Bewertung, die schlechter als „ausreichend“ (4,0) ist, nur einmal wiederholt werden. Eine Rückgabe des Themas der Masterarbeit in der in § 14 Absatz (4) genannten Frist ist jedoch nur zulässig, wenn der oder die Studierende bei der Anfertigung seiner oder ihrer ersten Arbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat. Eine nicht bestandene Masterarbeit muss von der Studierenden oder dem Studierenden innerhalb von 3 Monaten nach Datum des Bescheids über das Nichtbestehen neu angemeldet werden.

(4) Die Prüfungen können auch vor Ablauf der festgesetzten Fristen abgelegt werden, sofern die für die Zulassung zur Prüfung erforderlichen Voraussetzungen entsprechend § 3 und § 16 erfüllt

sind.

VI. Zeugnis und Urkunde, Ungültigkeit der Masterprüfung

§ 21 Zeugnis

(1) Über die bestandene Masterprüfung wird ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält

1. Studiengang und die Berufsbezeichnung „Ingenieur bzw. Ingenieurin der Elektrotechnik“,
2. Vertiefungsrichtung,
3. Thema und Note der Masterarbeit,
4. Noten und Leistungspunkte der Modulprüfungen,
5. Gesamtnote.

(2) Auf Antrag der Studierenden wird die bis zum Abschluss der Masterprüfung benötigte persönliche Fachstudiedauer in das Zeugnis aufgenommen. Ebenfalls werden auf Antrag zusätzlich bestandene Modulprüfungen mit Note und Leistungspunkten aufgenommen; es wird vermerkt, dass diese Noten nicht in die Gesamtnote eingehen.

(3) Die Hochschule stellt ein Diploma-Supplement (DS) entsprechend dem „Diploma-Supplement Modell“ der Organisationen Europäische Union/Europarat/UNESCO aus. Als Darstellung des nationalen Bildungssystems (DS-Abschnitt 8) ist der zwischen Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz abgestimmte Text in der jeweils gültigen Fassung zu verwenden¹. Es enthält insbesondere Angaben über die Hochschule, die Art des Abschlusses, das Studienprogramm, die Zugangsvoraussetzungen, die Studienanforderungen und den Studienverlauf sowie über das deutsche Studiensystem. Auf Antrag der Studierenden soll ihnen die Hochschule zusätzlich zur Ausstellung des Diploma-Supplements Übersetzungen der Urkunden und Zeugnisse in englischer Sprache aushändigen.

(4) Das Zeugnis ist vom vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen und trägt das Datum des Tages, an dem die oder der Studierende die letzte Leistung erbracht hat.

1 Die jeweils geltende Fassung ergibt sich aus: <http://www.hrk.de> (Stichwort: Diploma Supplement)

(5) Die Ausstellung des Diploma-Supplements und des Zeugnisses in elektronischer Form ist ausgeschlossen.

§ 22 Urkunde

(1) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird die Urkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Grades beurkundet.

(2) Die Masterurkunde wird von der Präsidentin oder dem Präsidenten der Fachhochschule und dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Hochschule versehen.

(3) Die Ausstellung der Urkunde in elektronischer Form ist ausgeschlossen.

§ 23 Ungültigkeit der Masterprüfung

(1) Haben Studierende bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung getäuscht wurde, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise als nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Studierenden hierüber täuschen wollten, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Haben Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss.

(3) Den Studierenden ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Mit dem unrichtigen Prüfungszeugnis ist auch die Urkunde einzuziehen, wenn die Prüfung aufgrund einer Täuschung als „nicht bestanden“ erklärt wurde. Eine Entscheidung nach Absatz (1) und Absatz (2) Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

VII. Schlussbestimmungen

§ 24 Inkrafttreten

Die Prüfungsordnung tritt am 1. Juni 2012 in Kraft.

§ 25 Außerkräfttreten der bisherigen Prüfungs- ordnung

Mit dem Inkrafttreten dieser Prüfungsordnung tritt die Ordnung für die Masterprüfung im Studiengang Elektrotechnik vom 10. Oktober 2007 (Staatsanzeiger 2007, S. 1700), zuletzt geändert am 31. Januar 2012, außer Kraft. Für Studierende nach dieser Prüfungsordnung gelten die Übergangsbestimmungen des § 26.

§ 26 Übergangsvorschriften

(1) Studierende, die das Studium im Masterstudiengang Elektrotechnik an der Fachhochschule Bingen vor Inkrafttreten dieser Prüfungsordnung aufgenommen haben, beenden das Studium nach der für sie geltenden, in § 25 bezeichneten Prüfungsordnung.

(2) Diese Übergangsregelung gilt bis zum Ende des Sommersemesters 2017. Danach kann nur nach der vorliegenden Prüfungsordnung zu Ende studiert werden.

(3) Studierende, die sich bei Inkrafttreten dieser Ordnung im Masterstudiengang Elektrotechnik befinden, können auf Antrag unwiderruflich in diese Masterprüfungsordnung wechseln.

(4) Für die Anerkennung der erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen gilt § 5. Fehlversuche werden nach § 14 Absatz (4) und § 20 Absatz (2) mit angerechnet.

Bingen, den 1. Februar 2012

Prof. Dr. rer. nat. Thomas Eickhoff
Dekan des Fachbereichs 2
Fachhochschule Bingen

Anhang Masterstudiengang Elektrotechnik

PI	Prüfungsleistung	F	Prüfungsform
SI	Studienleistung	S	schriftlich
LP	Leistungspunkte	M	mündlich
G	Gewichtungsfaktoren		

Pflichtmodule Bachelor Elektrotechnik			LP			G	F
M-ET-PA01		Theorie elektromagnetischer Felder	6	PI	-	6	S
M-ET-PA02		Höhere Mathematik	6	PI	-	6	S
M-ET-PA03		Embedded Systems	6	PI	SI	6	S
M-ET-PA04		Projekt	6	PI	-	6	S
M-ET-PA05		Masterarbeit	30	PI	-	30	S
Vertiefungsmodule							
Vertiefung Elektrische Energietechnik							
M-ET-PE01		Antriebssysteme	6	PI	SI	6	S
M-ET-PE02		Hochspannungstechnik	6	PI	SI	6	S
Vertiefung Kommunikationssysteme							
M-ET-PK01		Informationstheorie und Codierung	6	PI	-	6	S
M-ET-PK02		Adaptive Filter	3	PI	-	3	S
M-ET-PK03		Elektromagnetische Wellenausbreitung	3	PI	-	3	S
Wahlpflichtmodule							
M-ET-WP01		Automobilelektronik	3	PI	-	3	S
M-ET-WP02		Zuverlässigkeit elektronischer Systeme	3	PI	-	3	S
M-ET-WP03		Optimale Regelungen	3	PI	SI	3	S
M-ET-WP04		Digitale Bildverarbeitung	6	PI	SI	6	S
M-ET-WP05		Elektrische Fahrzeugantriebe	3	PI	-	3	S
M-ET-WP06		Photovoltaik	6	PI	SI	6	S/M
M-ET-WP07		Renewable Energy	3	PI	-	3	S
M-ET-WP08		Spezielle Themen der Energietechnik	3	PI	-	3	S
M-ET-WP09		Optische Nachrichtenübertragung	3	PI	SI	3	S
M-ET-WP10		Applied Optics and Optoelectronics	3	PI	SI	3	S
Fachübergreifende Wahlpflichtmodule							
M-ET-WÜ01		Kosten-, Finanz- und Investitionsrechnung	3	PI	-	3	S
M-ET-WÜ02		Internationales Projektmanagement	3	PI	-	3	S
M-ET-WÜ03		Patentschutz und verwandte Schutzrechte	3	PI	-	3	S
M-ET-WÜ04		Seminar	3	PI	-	3	M

Um der Nachfrage und dem technischen Fortschritt Rechnung zu tragen, kann der Prüfungsausschuss neue Wahlpflichtmodule oder fachübergreifende Module ausweisen.